

UHH · StuPa-Präsidium · Von-Melle-Park 5 · D-20146 Hamburg

B1718-011 Beschluss des Studierendenparlamentes vom 26.09.2017

Für eine studentisch-lebendige Kultur am Campus

Die Schuldenbremse abschaffen: Sozialer Fortschritt in globaler Solidarität!

Ein politischer Kurswechsel ist notwendig. Erhebliche staatliche Investitionen und Ausgaben für öffentliche Aufgaben wie Soziales, Bildung, Wissenschaft, Kultur und Infrastruktur sind dringend erforderlich. Sie können sofort durchgesetzt werden: die vorhandenen Steuer(mehr)entnahmen sind entsprechend zu verwenden und die Steueransprüche gegenüber den Reichen und Superreichen müssen konsequent eingetrieben werden, und: dem politischen Gebot der „Schuldenbremse“ ist eine Absage zu erteilen. Sie ist ein Verbot staatlicher Kreditaufnahme und somit eine harte Absage an die öffentliche Gestaltungsmöglichkeit. Sie gilt hierzulande für den Bund seit 2016, für die Bundesländer ab 2020. De facto ist die Schuldenbremse eine weltweite Fortschrittsbremse. Darum gehört sie abgeschafft!

Die Uni Hamburg ist mit ihren gut 56.000 Mitgliedern wie eine lebendige mittelgroße Stadt, in der Wissenschaftler*innen, Mitarbeiter*innen und Studierende idealiter gemeinsam „zur Entwicklung einer humanen, demokratischen und gerechten Gesellschaft beitragen“ (Leitbild Uni Hamburg). In diesem Sinne engagieren sich die Uni-Mitglieder in der Flüchtlingsolidarität, betreiben Friedenswissenschaft, gehen die Studienreform zur Bildung mündiger Persönlichkeiten an, schöpfen aus der antifaschistischen Geschichte, und sind gegen G20 für eine andere, solidarische Welt aktiv. Dieses Engagement basiert wesentlich auf der konsequenten kritischen Arbeit aus der Studierendenschaft. So gehen immer wieder solidarische Aktivitäten für demokratische Wissenschaft mit ausreichender Finanzierung für die friedliche Entwicklung der Welt von hier initiativ aus. Studentische Diskussions- und Informationsveranstaltungen werden in diesem Sinne organisiert und durchgeführt. Zur Ermöglichung dessen besteht an der Universität Hamburg die bewährte Praxis der Zulassung von Studentischen Vereinigungen, die unkompliziert für Veranstaltungen Räume buchen können.

Die lebendige kritische Kultur in der Universität passt nicht allen. Zur Einschränkung und Einschüchterung der positiven Wirkungsmöglichkeiten machen rechte Kräfte mobil, u. a. mit denunzierenden Anfragen von FDP, CDU und AfD. Die Alternative zu dieser Mobilmachung in der aktuell tiefen Krise ist der Ausbau des egalitären, argumentativen Austauschs über die solidarische Entwicklung. Entgegen politischer Durchsetzungsversuche von Egoisten aller Art mit Macht, Manipulation und Ellenbogen setzen wir auf den Ausbau der lebendigen Kultur des wissenschaftlichen, argumentativen Streits in der Studierendenschaft und Universität. Rechte Kräfte weisen wir mit der Beförderung zivilgesellschaftlichen Engagements und Auseinandersetzung auf wissenschaftlicher Grundlage zurück.

Vor diesem Hintergrund bittet das Studierendenparlament das Präsidium der Universität, die bisherige Praxis der Raumvergabe an der Uni Hamburg an eingetragene, studentische Hochschulgruppen für selbstorganisierte Veranstaltungen beizubehalten. Sodass der Austausch aller Mitgliedergruppe und die universitäre wissenschaftliche Kultur auf Grundlage des Uni-Leitbilds bestärkt wird.

Der AStA wird beauftragt, auf der Grundlage dieses Beschlusses das Anliegen mit dem Präsidium zu beraten.